

18.01.1931 – vor 85 Jahren führte die KPD im Bezirk Halle-Merseburg 13 Konferenzen mit fast 2.000 Delegierten zum Kampf gegen den Faschismus durch, an denen auch Kleinbauern und Gewerbetreibende teilnahmen.

26.01.1991 – vor 25 Jahren begann der 2. Parteitag der PDS (bis 27.01.)

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

Für Halle und den
Saalekreis

1. Ausgabe / 26. Jahrgang

12. Januar 2016

Seehofer hilft nur dem Stammtisch, nicht den Flüchtenden

Zu der Aussage von CSU-Chef Horst Seehofer, dass er den Zuzug von höchstens 200.000 Flüchtlingen pro Jahr nach Deutschland für verkraftbar halte, erklärt der Bundesgeschäftsführer der Partei DIE LINKE, Matthias Höhn:

Auch im neuen Jahr gehen die Zwischenrufe aus den bayrischen Wäldern zur Flüchtlingstragödie unvermindert weiter. Gerade angesichts des Winters und der traurigen Todesfälle ist das an Zynismus kaum zu überbieten. Mit einer derart unrealistischen Zahl heizt CSU-Chef Seehofer die Stimmung weiter an. DIE LINKE lehnt Obergrenzen und Kontingente entschieden ab. Die Bundesregierung muss stattdessen die Krise der sozialen Gerechtigkeit und das Behördenversagen mit einem umfassenden Investitionsprogramm angehen.

Die Zeichen stehen zudem in den Krisenregionen nicht auf Frieden, eine sinkende Zahl an Flüchtlingen ist nicht zu erwarten. Was soll mit den geflüchteten Menschen geschehen, wenn die Obergrenze überschritten ist? Sollen die Menschen vor der Grenze ihrem Schicksal überlassen werden? Oder von Land zu Land den beschwerlichen und lebensgefährlichen Weg zurückgeschickt werden?

Statt seinen Führungsanspruch über den rechtspopulistischen Stammtisch auf Kosten von Menschen in Not weiter zu festigen, sollte sich Herr Seehofer lieber auf die Landespolitik konzentrieren und sich dabei an dem Engagement der Bevölkerung in Bayern ein Beispiel nehmen: Helfen statt hetzen ist auch dort der Leitgedanke der zahlreichen Freiwilligen. Die Aufnahme von geflüchteten Menschen funktioniert besser, als Seehofer ständige Ausfälle vermuten lassen. Und nicht vergessen, Herr Seehofer: Das Grundgesetz gilt auch im Freistaat Bayern.



Flüchtlinge willkommen – eine Aktiven- und Helferkonferenz im Deutschen Bundestag

Aus aktuellem Anlass veranstaltete DIE LINKE im Bundestag am 28. November 2015 eine Konferenz für Aktive und Helfer, die in den letzten Wochen für die Flüchtlinge unterwegs waren. Petra Sitte führte durch den Tag und begrüßte am Vormittag einige hochkarätige Personen unserer Partei. So wurden die Teilnehmer vom neuen Fraktionsvorsitzenden Dietmar Bartsch zunächst willkommen geheißen, bevor einige freiwillige Gruppen ihre Erfahrungen vor Ort in den Flüchtlingslagern im Ausland vortrugen. Von diesen Berichten war ich sehr ergriffen, denn sie schilderten vor allem die Hilflosigkeit der Helfer auf Grund der Vielzahl an Hilfesuchenden. Sachspenden wie Decken, Schlafsäcke und Isomatten waren binnen kürzester Zeit vergriffen. Erschöpft und schwach legten sich Flüchtlinge an Ort und Stelle nieder, teilweise auch ohne vor der Kälte schützende Decken. Von den Strapazen der Flucht gezeichnet, schafften es manche gar nur sich selbst zu tragen. Ihr wenig Hab und Gut, das sie aus ihren Heimatländern mitnehmen konnten, ließen sie unterwegs auf der Strecke, aus Mangel an Kraft. In den zum Teil über Nacht entstandenen Lagern, die wenigstens von Freiwilligen aus Österreich und Deutschland betreut wurden, denn die Behörden vor Ort waren schlichtweg überfordert, fehlte es an jeglicher hygienischer Versorgung. Oftmals hatten die Flüchtenden kein Wasser oder Nahrung; und freiwilligen Gruppen wurde die Versorgung der Flüchtlinge manchmal sogar untersagt. Um die heikle Situation weiter anzuheizen, erfuhren Helfer auch Angriffe der Polizei in Ungarn mit Wasserwerfern oder gar CS-Gas. Errichtete Einrichtungen (Zelte) waren dadurch unbenutzbar geworden und das begehrte Wasser musste zum Auswaschen von Augen der Opfer des CS-Gas-Angriffs zweckentfremdet werden. Organisationen wie das Rote Kreuz oder UNHCR standen oft hilflos in der Gegend, beschauten sich die Situation der Flüchtenden, griffen oftmals gar nicht ein. Die Freiwilligen, welche erst recht keine Erfahrung im Umgang mit Katastrophen haben, anders als genannte Organisationen, leisteten häufig bessere Hilfe. Auch fraglich für mich waren die Schilderungen des Weitertransports mit Bus und Bahn. Völlig überfüllte Wagons und Busse stehen wartend auf die Weiterreise herum, die Menschen darin eingepfercht, dehydriert

und dem Kollaps nahe. Hätten manche freiwillige Helfer nicht beherzt eingegriffen, die Türen öffnen lassen, Wasser verteilt, hätten sich Katastrophen ereignet. Ebenso schlimm empfand ich Schilderungen über das Auseinanderreißen von Familien; Frauen und Kinder wurden meist von Männern und Söhnen getrennt, in Busse verfrachtet und niemand bekam Bescheid, wohin die Reise geht. Zu den physischen Strapazen kommen hier also auch noch seelische hinzu, Familien verlieren sich, wissen oftmals gar nicht, wann und wo sie sich wiedersehen werden. Ein unschöner Beigeschmack macht sich in mir breit; vor mehreren Jahrzehnten erfuhren viele Juden ähnliches... Stille und Betroffenheit macht sich breit, nur wenige Teilnehmer partizipieren am Gespräch zwischen Bodo Ramelow und einer Dame der Jungen Islam-Konferenz; die gehörten Worte und dazugehörige Bilder müssen erst einmal verarbeitet werden.

Der Nachmittag ist mit Workshops gespickt, die mir persönlich nicht tiefgründig genug waren. Ich habe mir Themen herausgesucht, die man in seinem Kreis gut hätte bearbeiten und vor allem mit Bürgern und Interessierten ins Gespräch kommen können. Meine Suche nach einer „Arbeitsanweisung“ erwies sich als negativ. Viele Teilnehmer berichteten von persönlichen Erfahrungen, aber auch sie waren in manchen Situationen ratlos und die Moderatoren der Workshops hatten keine Lösung parat.

Alles in allem ein sehr kurzweiliger und gut durchorganisierter Tag. Manche Themen hätten jedoch länger Zeit zum Besprechen gebraucht. Das Highlight für mich waren eindeutig die Berichte der Freiwilligen – sie haben Unglaubliches geleistet. An den Berichten habe ich wieder einmal gesehen, was ein Mensch in der Lage ist, zu bewerkstelligen, wenn er nur will. Und wenn viele Menschen mit gleichem Ziel zusammen treffen, wie unkompliziert und teilweise auch unbürokratisch Probleme beseitigt oder gestemmt werden können. Chapeau!

Daniela Müller
stellvertretende Vorsitzende Kreisvorstand Saalekreis
DIE LINKE. Landsberg

Ein besonderes Jubiläum

Sicher ist ein 70. Geburtstag schon etwas Besonderes. Was aber erst ein 70stes Parteijubiläum! Genau so etwas konnten wir in unserer Parteigruppe feiern.

Unser Genosse Herbert Schmidt war am 9. Dezember 1945 hier im alten Saalkreis in die KPDE eingetreten. Dies zu feiern, lud er uns genau am 9. Dezember 2015, also 70 Jahre nach seinem Parteieintritt, in unsere „Partei-kneipe“ nach Plötz ein.

In bewegenden Worten schilderte er uns, was ihn nach seinen Erfahrungen aus der Nazi-Zeit zu diesem Schritt bewog. Sozialistisches und kommunistisches Gedankengut prägten ihn aber schon in seiner Familie. So war ihm der Aufbau eines neuen, eines sozialistischen Deutschlands eine Herzenssache. Besonders setzte er sich für die Entwicklung einer modernen Landwirtschaft ein. Viele Jahre leitete er eine erfolgreiche LPG in Nauendorf/Priester. Seine Erfahrungen waren nicht nur in der DDR gefragt.

Schmerzlich trafen ihn der Niedergang und das Scheitern der DDR.

In unserer Parteigruppe ist er ein kritischer Geist, der Lehren aus der vergangenen Entwicklung mit unserem heutigen Leben zu verbinden weiß. Eine sozialistische



Zukunft steht für ihn für die weitere Entwicklung der Menschheit außer Zweifel.

Besonders freute er sich über ein Grußschreiben unserer Landesvorsitzenden Birke Bull, die vor nicht langer Zeit in unserer Parteigruppe zu Gast war.

Auch der Besuch unseres neuen Kreisvorsitzenden Alexander Sorge und der stellvertretenden Kreisvorsitzenden Daniela Müller sowie die Glückwünsche des Kreisvorstandes wurden herzlich aufgenommen. Eine weitere Überraschung war ein kleines satirisches DDR-Programm der „Engelstrompete“ aus Wettin.

Es war eine gelungene und lebhafte Veranstaltung, wie immer bei uns, die aber mit diesem Anlass lange in Erinnerung bleiben wird.

Klaus-Dieter Iffarth, OV Wettin-Löbejün

Im Stechschritt für eine Reichsmark

Als ich sieben Jahre jung war – das war genau vor achtzig Jahren – wohnte unsere Familie bei Johannes Moses, auf der Grube Ferdinande, einem Ortsteil der Gemeinde Sennewitz, eine Meile von Halle entfernt. Wir bewohnten eine Wohnküche und eine Kammer, in der meine Eltern, mein zwei Jahre älterer Bruder und ich schliefen. Wir schliefen beide in einem Bett, auf einem Strohsack, unter dem sich Fichtenbretter als Unterboden befanden. Aber, wir kuschelten uns unter eine Federdecke, die Mutter von ihren Eltern bekam, als Arno geboren war. Zwei Wochen zu spät, weil zwei Geschwister vor uns an Diphtherie verstarben. Vater war das vierte Jahr arbeitslos. Der „Führer“ gab sechs Millionen Arbeit und Brot, wie er es versprochen hatte, zwei Millionen Kommunisten, Sozialisten und andere, wurden noch lange nach 1933, von der Arbeit ausgesperrt.

Unser Vater war ständig auf Arbeitssuche, wurde auch von Baubetrieben als Zimmermann eingestellt und wieder entlassen. Wie geschah das?

Die Baufirma meldete die Einstellung des Zimmermanns Otto Schmidt an das Reichsarbeitsamt, das von konservativen und Hitler treuen Beamten bedienstet war. Diese wiederum informierten die Reichsarbeitsfront, die ihre Gestapoagenten in Marsch setzten. Unter dem Vorwand, Schmidt würde dem Betrieb schaden und die Gefolgschaft zersetzen, mußte der Firmenleiter die Entlassung vornehmen. Mutter weinte, weil sie wieder die Familie von der knapp bemessenen Arbeitslosenhilfe ernähren mußte. Ich erinnere mich, daß wir Neun und Sieben jährigen an der Seite der Eltern standen und wußten, warum Mutter magere Suppen auf den Tisch stellte.

Diesen Vorspann schreibe ich zum besseren Verständnis meiner eigentlichen Geschichte, „Im Stechschritt für eine Reichsmark“, dem Paradeschritt vor einem hohen Beamten im Dienste der NSDAP des Gaus Halle-Merseburg und weiteren vier SA-Leuten.

Wie war das, als das Dritte Reich seinen Lauf begann? Die Braunkohlengrube wurde geschlossen, weil der Abbau des Flötzes für die Besitzer keine Rendite mehr abwarf. Die Hälfte der Grubenarbeiter wurden von der Grube „Brotsack“ bei Halle übernommen, die andere Hälfte ging in die Arbeitslosigkeit.

Der Ortsteil Grube Ferdinande hatte 1934 noch kein elektrisches Licht und wir saßen im Schein einer rußenden Petroleumlampe. Wir zwölf Jungen und Mädchen hatten die Fernverkehrsstraße 6, die ihren langen Weg von der Lausitz nach Niedersachsen, durch die Häusergruppe der Grube Ferdinande zog, als Spielplatz auserkoren, besonders den Sommerweg, wo die erste Postmeile nordwärts von Halle stand. Wir sprangen zur Seite, wenn ab und zu ein Auto hupte, um uns Kinder zu warnen: „jetzt komme ich!“ Und es kam eine große schwarze Limousine, aus der es dampfte wie aus einer Lokomotive. Scheinbar war die Zylinderkopfdichtung durch, was zu erklären wäre, weil der Fahrer das Auto an der Postmeile zum Stehen brachte und alle vier stiegen aus. Sie trugen SA-Uniformen und lange schwarze Ledermäntel. Einer von ihnen war, wie wir vernehmen konnten, Obersturmbannführer und war zum Gauleiter Eggeling des Gaues Halle-Merseburg gerufen. Deshalb hatten sie die Limousine über die Höchstgeschwindigkeit gedroschen. Der Obersturmbannführer rief meinen Bruder zu sich und sagte: „Wenn du hier auf der Straße einen Stechschritt hinlegst, bekommst du 50 Pfennige!“ Arno – so hieß mein Bruder – antwortete: „Für euch mache ich keinen Stechschritt!“

Der Neunjährige Arno dachte an den Vater ohne Arbeit, an die geringe Suppe auf dem Tisch, vor allem an die ständigen Hausdurchsuchungen von drei Gendarmen und einem SA-Mann, der genau wie die Vier eine braune Uniform trug.

Ich sprang einige Schritte auf den Mann zu! Verdrossen, durch die Reaktion meines Bruders, erhöhte er sein Angebot auf eine Reichsmark. Ich warf die nackten Beine so hoch wie es kein Grenadier schaffen könnte und spürte die heißen Pflastersteine unter den Fußsohlen. Ich trat mit forschen Schritten auf den Mann zu, der in seinen Taschen nach der Mark suchte. Endlich war ich im Besitz der Reichsmark und sauste zum 300 Meter entfernten Kaufladen der Lochows. „Kolonialwaren“ war auf einem Schild zu lesen. Ein Liter Petroleum, einen Würfel Margarine, ein Pfund

Mehl und ein Roggenbrot, hatte ich mir schon auf dem Wege zu Laden zusammengereimt und ich gab die Bestellung fehlerfrei auf. „Hast du denn auch Geld mein Junge?“ Frau Lochow wußte, wie es um die Arbeitslosen stand, litten sie doch selber unter der Armut und sie schrieb auch mal an, wenn wir kein Geld hatten. „Ja, eine Mark!“ antwortete ich. „Dafür bekommst du auch noch eine Tüte Bonbon. Du bist ein guter Junge!“ Sie hatte längst gerechnet und wußte, diese eine Mark reichte für diese Waren nicht aus. Meine strahlenden Augen imponierten ihr und sie packte alles in ein Einkaufsnetz.

Ich rannte im Staube des Sommerweges nach Hause und rief schon auf der Treppe: „Mutter, ich habe was für uns!“

Meine Mutter konnte vor Freude die Tränen nicht unterdrücken.

Herbert Schmidt

Bürgerversammlung in Vorbereitung der Landtagswahl 2016

**25. Januar 2016
14:30 – 16:30 Uhr**

Veranstalter: Humanistischer Regionalverband Halle-Saalkreis e. V.

Ort: Bürgerhaus „alternativE“, G.- Bachmann- Straße 33, 06130 Halle (Saale)

In Vorbereitung der Landtagswahlen 2016 findet am Montag, dem 25. Januar 2016, 14:30 Uhr, im Bürgerhaus „alternativE“, Gustav-Bachmann-Straße 33, in 06130 Halle, eine Bürgerversammlung statt.

Zugesagt haben bisher:

Sarah Heinemann (DIE LINKE)
Thomas Keindorf (CDU)
Andreas Schmidt (SPD)

Weiterhin angefragt sind Bündnis 90/Die Grünen und die FDP.

Reader der Bundestagsfraktion zum Fachgespräch „Befreiung und Befreier“ erschienen



Befreiung und Befreier

Vernichtungskrieg in Osteuropa und das Schicksal
der sowjetischen Kriegsgefangenen im deutschen Bewusstsein

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Verweigerung und den Entwicklungen auf dem Gebiet der Erinnerungs- und Geschichtspolitik, auch über Möglichkeiten und Probleme der anstehenden Umsetzung des Antragsverfahrens debattiert wurde.

Nachdem das Bundesfinanzministerium einen Richtlinienentwurf vorgelegt hatte, stimmte am 23. September der Haushaltsausschuss einstimmig für die Freigabe der bewilligten Gelder.

Seit dem 30. September können nun in den nächsten zwei Jahren Angehörige der sowjetischen Streitkräfte, die während des Zweiten Weltkrieges in der Zeit vom 22. Juni 1941 bis 8. Mai 1945 als Kriegsgefangene in deutschem Gewahrsam waren, auf Antrag beim Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen (BADV) eine einmalige Leistung in Höhe von 2.500 Euro erhalten.

In einem seit kurzem vorliegenden umfangreichen Reader dokumentiert die Bundestagsfraktion ihr Fachgespräch »Befreiung und Befreier - Vernichtungskrieg

Beharrlich hatte sich die Bundesrepublik Deutschland bis ins Jahr 2015 geweigert, das unvorstellbare Leid der sowjetischen Kriegsgefangenen als NS-Unrecht anzuerkennen. Endlich, am 20. Mai 2015, beschloss der Haushaltsausschuss des Bundestages auf Initiative der LINKEN und der GRÜNEN, den wenigen Überlebenden zumindest eine symbolische Anerkennung zukommen zu lassen. Bis zur Vorlage und Verabschiedung eines entsprechenden Richtlinienentwurfs für die Umsetzung des Entschädigungsverfahrens wurden 10 Millionen Euro, mit denen ehemalige sowjetische Kriegsgefangene auf Antrag einen finanziellen Anerkennungsbetrag erhalten sollen, im Bundesetat gesperrt.

Am 17. Juni führte DIE LINKE. zum Thema der sowjetischen Kriegsgefangenen, ihrer fehlenden Anerkennung und zum Vernichtungskrieg im Osten ein Fachgespräch im Bundestag durch, in dem, neben einer Analyse der Gründe für die Jahrzehntelange

in Osteuropa und das Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen im deutschen Bewusstsein« an dem neben Jan Korte und Ulla Jelpke (beide MdB DIE LINKE) u.a. Dr. Jörg Morré (Direktor des deutsch-russischen Museums in Berlin-Karlshorst), Hannes Heer (Leiter der ersten Wehrmachtausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944«), Günter Saathoff (Vorstand der Stiftung Erinnerung, Verantwortung, Zukunft) und Günter Rieser (Bundesfinanzministerium) als Referent*innen teilnahmen.

Die Broschüre kann im Bundestagsbüro von Jan Korte (Platz der Republik 1, 11011 Berlin) bestellt werden. Sie steht aber auch als PDF.-Datei unter folgendem link zum Download bereit (3 MB):

<http://dokumente.linksfraktion.net/download/reader-kriegsgefangene.pdf>

Nachruf:

Reinhard Nemson ist tot

Als ich zwischen den Feiertagen meinen Anrufbeantworter abhörte, hörte ich auf einmal eine gedämpfte Stimme: „...Ich wollte nur sagen, dass Reinhard am Weihnachtsabend verstorben ist.“ Es war wie ein Schock. Reinhard ist tot. Kann doch nicht sein, wir haben doch in der Woche vor Weihnachten noch gesprochen. Es ging ihm nicht so gut, aber er freute sich über den neuen Halle-Kalender für 2016...

In der Anzeige wird es heißen: Am 24. Dezember 2015 verstarb, im Alter von 82 Jahren, nach kurzer Krankheit, Prof. Dr. sc Reinhard Nemson...

Ich lernte den Hochschullehrer Reinhard Nemson in der neuen PDS-Basisgruppe 217-219 kurz nach der Wende kennen. Von Anfang an war er aktiv, brachte sich in die nicht immer leichte Parteiarbeit ein, zum Beispiel beim Erhalt der Gedenkstätten für Karl Meseberg und Kurt Wabbel. Dann war er Mitglied meiner Basisgruppe „Hofjäger“. Aber auch außerhalb von Versammlungen kreuzten sich unsere Wege immer wieder. Mit Reinhard Nemson verstummt die „ältere Stimme“ von Radio Corax. Viele Jahre hat er für diesen halleschen Sender Radio gemacht, wie man so sagt. Ich habe zahlreiche Sendungen gehört und sogar drei Sendungen (stets in seinem kleinen Studio bei ihm zu Hause) mit ihm machen dürfen. Schönegeistige Literatur, aber auch Epper und hallesche Mundart, Musik, meist klassisch, brachte er den Hörern nah. Und auch für das „Linke Blatt“ habe ich mit ihm

öfters zusammengearbeitet. Unter anderem erschien Mitte der 90er Jahre eine Serie über den Dichter Puschkin. Literatur war ohnehin seine große Liebe und natürlich seine Frau Helga und die große Familie, die bis zuletzt an seiner Seite war und der wir unser tiefempfundenes Beileid aussprechen.

Mit Reinhard verliert unsere Stadtorganisation einen Genossen, der immer für unsere linke Sache eingetreten ist, der sich mit viel Sachverstand in die Parteiarbeit, auch von Stadtvorstand und Fraktion, eingebracht hat. Sein Rat war gefragt und so reißt sein plötzlicher Tod eine Lücke.

Ein wertvoller Mensch, Genosse ist von uns gegangen. Danke Reinhard. Wir werden Dich nicht vergessen und Dein Andenken in Ehren halten.

Rüdiger Schneidewind

Bestürzt über den plötzlichen Tod des Genossen

Prof. Dr. sc Reinhard Nemson

* 9. März 1933 + 24. Dezember 2015

nehmen wir Abschied von unserem hoch geschätzten langjährigen Mitglied der BO Riebeckplatz/Hofjäger.

Seiner Ehefrau Helga gilt unsere tief empfundene Anteilnahme.

Wir werden sein Andenken in Ehren bewahren.

Buchlesung mit dem Autor Wolfram Adolphi

24. Februar 2016 14:30 – 16:30 Uhr

Veranstalter: RLS und Seniorencafé

Ort: Linker Laden, Leitergasse 4, 06108

Halle (Saale)

Eine Kleinstadt im mitteldeutschen Chemiedreieck: es gibt Fotos, Aufzeichnungen und Briefe - Gespräche. Und es gibt den Versuch, die Vergangenheit durch Reisen zu verstehen: Reisen in Orte und Zeiten - ins Lettische der Jahre vom Ersten Weltkrieg und Revolution, ins Slowakische der Weltwirtschaftskrise und ins Chemiewerk der I.G. Farben in Auschwitz im Weltkrieg zwei.

Der Gesprächskreis Gesellschaftsformationen trifft sich am **20. Januar 2016 um 17:00 Uhr** und diskutiert zum Thema „Warum darf es keine Obergrenze bei der Aufnahme von notleidenden Flüchtlingen geben“.

Gedenken am Grab von Karl Meseberg, Vertreter des Arbeit- und Soldatenrates in Halle i. J. 1918/19. Treffpunkt am **11. Februar 2016 um 10:30 Uhr am Eingang des Südfriedhofes** in der Huttenstraße.

**Gesamtmitgliederversammlung des Stadtverbandes DIE LINKE.
Halle (Saale) vom 12. Dezember 2015, Wahlergebnisse**

STADTVORSITZENDE

| Name | Ja-Stimmen | Nein-Stimmen | Enthaltungen |
|-------------------|------------|--------------|--------------|
| Marianne Böttcher | 111 | 1 | 2 |

STELLVERTRETENDE STADTVORSITZENDE

| Name | Ja-Stimmen | Nein-Stimmen | Enthaltungen |
|-----------------|------------|--------------|--------------|
| Sarah Heinemann | 110 | 3 | 1 |

SCHATZMEISTERIN

| Name | Ja-Stimmen | Nein-Stimmen | Enthaltungen |
|----------------|------------|--------------|--------------|
| Melanie Heyner | 105 | 4 | 5 |

MITGLIEDER DES STADTVORSTANDES

| Name | Ja-Stimmen |
|-----------------|------------|
| Ute Haupt | 108 |
| Ingrid Höpner | 103 |
| Kim Pommer | 100 |
| Matthias Bode | 97 |
| Matthias Bothe | 81 |
| Marcel Kieslich | 81 |
| Swen Knöchel | 98 |
| Hubert Schmidt | 95 |

FINANZREVISIONSKOMMISSION

| Name | Ja-Stimmen |
|-------------------------|------------|
| Renate Krimmling | 102 |
| Frigga Schlüter-Gerboth | 99 |

MITGLIEDER IM LANDESAUSSCHUSS 2016 / 2017

| Name | Ja-Stimmen |
|-----------------|------------|
| Marion Krischok | 102 |
| Christine Radig | 100 |

ERSATZMITGLIEDER IM LANDESAUSSCHUSS 2016 / 2017

| Name | Ja-Stimmen |
|-----------------|------------|
| Heike Karow | 80 |
| Elisabeth Nagel | 84 |

DELEGIERTE BUNDESPARTEITAGE 2016/2017

| Name | Stimmen |
|-------------------|---------|
| Marianne Böttcher | 107 |
| Marion Krischok | 107 |
| Achim Bittrich | 74 |
| Jan Hoffmann | 63 |

Als Ersatzdelegierter wurde Marcel Kieslich gewählt.

In Berlin – und (H)alle dabei

„Ich muss doch die Dosis des Medikaments nicht erhöhen, das nicht wirkt.“ (Dr. Petra Sitte zum Stadtparteitag am 12.12.2015 in Halle).

Der Bundestag entschied sich am 04. Dezember 2015 mehrheitlich für einen Einsatz der Bundeswehr im Syrien-Krieg. Meine Fraktion war die Einzige, die sich einstimmig gegen einen Syrien-Einsatz aussprach. Der Terroranschlag in Paris am 13. November 2015 hat uns alle erschüttert. Es ist richtig und wichtig hier Solidarität zu zeigen und Hilfe zu leisten. Da sind sich alle Fraktionen im Bundestag einig. Uneins sind wir über die Mittel und Wege.

Seit 2001 wird ein Krieg gegen den Terror geführt – in Afghanistan, im Irak, in Jemen, in Libyen oder auch in Pakistan. Das Resultat sind Tausende Tote. Und es ist trotz aller Verschiedenartigkeit der Ursachen des Terrors sicher, dass es seitdem nicht weniger, sondern mehr Terror gab. Doch statt daraus zu lernen, peitscht die Bundesregierung innerhalb von nur wenigen Tagen einen Beschluss zu einem Kampfeinsatz gegen den Islamischen Staat (IS) durch – ohne Plan, ohne Ziel, ohne Verstand!

Der IS foltert und mordet Menschen und zerstört Kulturgüter. Seine Propaganda beschwört einen Hass gegen den Westen – und das, obwohl eine große Anzahl seiner Protagonisten aus Europa stammt. Beteiligt sich Deutschland nun an diesem Krieg, so sind wir verantwortlich für noch mehr Tote und noch mehr Leid in den Kriegsgebieten. Und das kann zu weiteren Radikalisierungen und noch mehr Zulauf für den IS führen, der sich eben genau durch diese Kriege stärkt. Militärische Mittel in einem schon bisher aussichtslosen Krieg helfen nicht gegen den Terror und beenden diesen Konflikt auch nicht. Gewalt bringt nur neue Gewalt hervor und der IS konnte nicht zuletzt auf dem Humus der Kriege im Irak, in Libyen und in Syrien entstehen. Antworten wir auf den Terror des IS mit militärischen Angriffen im Nahen Osten, so spielen wir ihnen in die Hände. Das ist das Spiel, was sie spielen wollen und das ist die Sprache, die sie verstehen.

Was wir wirklich brauchen ist eine Stärkung und Unterstützung seiner Gegner und eine Schwächung

seiner Unterstützer. So muss etwa die türkische Regierung ihre Angriffe gegen die kurdischen Organisationen PKK und PYD einstellen. Diese wehren sich nicht nur gegen die Truppen der türkischen Regierung, sondern auch gegen den IS in Syrien und im Irak. Außerdem muss die Türkei den Zustrom von IS-Kämpfern nach Syrien unterbinden, indem sie ihre Grenze schließt. Darüber hinaus müssen die Finanzquellen des IS zum Versiegen gebracht werden. Denn das meiste Geld erhält der IS von Golfmonarchen, zu denen Deutschland und andere westliche Länder politische und geschäftliche Beziehungen pflegen. Diese müssen aufgegeben werden. Der IS handelt mit Öl und geraubten antiken Kulturgütern – auch das muss unterbunden werden. Selbstverständlich müssen die Waffenexporte in Kriegsgebiete sofort gestoppt werden.

Langfristig können wir den Terror islamistischer Gruppen aber nur bekämpfen, indem wir in Europa eine gute Integration von Einwanderern erreichen und vor Ort in Syrien, im Irak Perspektiven jenseits der Kriegsökonomien schaffen. Das heißt auch, dass wir ein gerechteres Weltwirtschaftssystem brauchen, das Perspektiven für alle Altersstrukturen und Bevölkerungsschichten gibt.

Es gebietet außerdem die Menschlichkeit, den Menschen zu helfen, die ihre Länder aufgrund der Kriege, auf Grund des Terrors verlassen müssen. Die Schutzsuchenden brauchen dringend Nahrung, Kleidung, Medikamente und Unterkünfte. Statt also Unsummen in militärische Interventionen zu stecken, sollten diese Mittel lieber für die humanitäre Hilfe verwendet werden. Besonders dann, wenn Deutschland sich aktiv an diesen Kriegen beteiligt. Wir sollten Solidarität beweisen, indem wir uns dem Hass auf unseren und jenen Straßen entgegen stellen. Und nicht zuletzt unterstützen wir als Partei diejenigen, die jeden Tag zu Hunderttausenden ehrenamtlich dafür sorgen, dass die Geflüchteten bei uns zunächst einmal etwas zu essen, ein Dach über dem Kopf und Hilfe bei Gang zum Arzt, zu Behörden, bei der Einschulung ihrer Kinder bekommen.



**Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Monat
Januar Geburtstag haben.**



Post von Lene

(anonym wegen EnEsEJ)

Liebe ältere und jüngere Mitmenschen, jawohl, ich oute mich jetzt als Linke, weil meine Oma von sich sagt, dass sie eine Linke ist. Und sie ist gerecht und hilfreich und gut. Und das nicht nur zu mir Und so will ich auch sein.

Ungerechtigkeit kann ich schon aus schulischen Gründen nicht leiden. Ich hasse das, wenn z.B. die feine Paula mit ihrem Getue und ihren Markenklamotten von unserem schnieken Deutschlehrer Herrn Reim vorgezogen wird, nur weil sie ihm nie widerspricht und ihn umsäuselt. Mein Freund Anton hat da schlechte Karten, denn er trägt normale Sachen und haut eben raus, was er gerade denkt.

Ich weiß zwar nicht, warum Oma ihre Persönlichkeit und ihren Umgang mit anderen Menschen, Tieren und Pflanzen gerade mit einer linken Richtung benennt, aber sie wird schon ihre Gründe haben. Die hat sie eigentlich immer. Bei Gelegenheit frage ich sie darüber aus.

Nun mache ich mir wie immer so meine Gedanken über alles, was so passiert, und Oma löchere ich schon genug mit meinen Fragen und Meinungen, sodass sie dann oft müde ihr Haupt senkt. Sie murmelt dann manchmal „Blöder Politikersprech“ (das Wort habe ich im Duden gesucht und nicht gefunden) und mieses Zeitungsdeutsch oder auch Sprache von Leuten, die im Büro arbeiten, und man nennt sie, denke ich, deshalb auch Bürokraten.

Vielleicht haben aber auch andere Verstehprobleme wie ich, und ihr als gebildete Persönlichkeiten werdet das schon anderen oder mir richtig erklären.

Also, da fange ich mal an.

Ich weiß zum Beispiel, was eine Auster ist. Sie stammt aus dem Meer, klappt zu und versteckt manchmal kostbare Perlen in ihren Schalen. Man kann sie auch schlürfen (igitt!).

Ich stelle mir vor, dass es ganz schön wehtut, wenn sie zuklappt und mein Finger wird erwischt.

Kürzlich schnappte ich bei Oma einen Austerbegriff in einer Zeitung von uns Linken namens Neues Deutschland auf.

Er lautet: Austeritätspolitik.

Wir Linken vertreten darin die Meinung, dass Ändschis Mörkel und ein Herr namens Scheuble eine schändliche Austeritätspolitik treiben. Auf jeden Fall soll

diese Politik vielen Mitmenschen, also auch Kindern wie mir, wehtun und schaden.

Ich erkläre mir das so:

Die mit Austerität benamste Politik schnappt zu wie eine Auster und tut denen, die vielleicht auch mal für sich und ihre frierenden und hungrigen Kinder eine winzig kleine Perle ergattern wollen, weh, wie z. B. meinem Finger, wenn die Auster zuklappt. Deshalb nennt man Ändschis und Herrn Scheubles Politik vielleicht so austermäßig. Denkbar wäre das doch, oder?

Oma sagte, das Wort kommt ursprünglich aus dem Lateinischen, und heißt soviel wie Politik des strengen sparsamen Haushaltens in einem Land namens Bund. „Naja, sparen ist doch was Gutes, Omi, du hast ja auch ein Sparbuch.“

Oma meinte, dass ihr eigenes Sparen im Unterschied zum austermäßigen ein nützliches Sparen ist, denn sie nimmt ja niemandem was weg, sondern es ist von ihrer eigenen Rente und sie legt es auf eine Hohe Kante, wenn mal das Auto kaputt ist oder so.

Und dann sagte sie mir noch, dass es heute wie im Märchen Arme und Reiche gibt. Den Reichen lässt das hohe Haus in Berlin Milliarden, die Armen müssen zu einem Herrn Harz gehen, obwohl sie den ganzen Tag arbeiten, damit sie ihre Miete bezahlen können und einigermaßen über die Runden kommen. Man nennt solche Menschen auch Aufstocker (das Wort habe ich auch nicht im Duden gefunden, aber es steht in der Zeitung).

Nun habe ich noch ein paar hübsche andere Sprüche oder Wörter in einer Torkrunde aufgeschnappt, über die besonders mein Opa und mein Vati lachen mussten: Meine Oma lachte nicht und sagte nur: „So was Dämliches.“

Hier ein paar von diesen komischen Sprüchen und neuen Wörtern:

„Den Teil des Gehalts kann man nicht verarbeiten.“ Na hallo, die können ja noch nicht mal richtig sprechen. Deutsch 6 würde ich sagen! Dabei kommen die Herren und Damen, wie die schicke Torkscholeiterin sagte, aus einem hohen Haus in Berlin (ich tippe mal auf den Fernsehturm).

Bis jetzt kannte ich nur „vorarbeiten“ und ich habe dem feinen Herrn im Fernsehen spontan einen Vogel gezeigt, nachdem sogar der Duden mir Recht gegeben hatte.

Vati sagt, das sei typisches Bürokratendeutsch und nicht gerade kulturvoll.

Er nannte mir auch noch ein paar hübsche Ausdrücke und Sätze, die er nicht immer lustig findet oder die ich nicht verstehe, denn ich finde sie auch manchmal in Zeitungstexten, wenn ich nach der Kinderseite suche. Die Kinderseite ist oft lustig und man erfährt so manches, wie z.B. über die Nützlichkeit bestimmter Würmchen, Käferchen oder Vögel, manchmal auch etwas vom Fernsehturm.

Wie meine Oma interessiere ich mich auch für so ziemlich alles, was so passiert.

Deshalb schnappte ich mir eine Zeitung namens MZ, die meine Oma auch noch liest.

Da fand ich wieder ein seltsames mir völlig unbekanntes Wort. Es lautet „verschlagworten“ Ich schreibe den dazugehörigen Text mal aus dem Gedächtnis nach.

„Nun muss man diese neue Kulturstätte nur noch richtig verschlagworten, damit sie die Touristen annehmen.“ Im neusten Volksduden habe ich das Wort nicht gefunden. Meinen die nun damit, dass man diese Stätten in eine Art Verschlag stecken will und ein paar Worte an das Gitter schreiben soll, wie. z.B. „Rudis Tanzsaal oder „Evas Haus der Freuden“ oder so?

In der gleichen Zeitung las ich „Da werden wir noch 10 Millionen Euro draufsatteln.“ Das soll ein Politiker in einem hohen Haus in Magdeburg gesagt haben. Millionen draufsatteln!! So was Doofes, das kenne ich nur vom Pferd, aber nicht mit Geld!

Mein Papa kennt meine Worterforschungsinteressen und zitiert freudig bewegt einen feinen Bürokraten, nachdem dieser ihnen einen Vortrag gehalten hatte.

„Meine Damen und Herren, Sie hätten sich keine Notizen machen müssen. Sie erhalten das alles noch in verschriftlichter Form.“

Also, hinterher so was zu sagen, finde ich ganz schön schofhlich und ausdrucksmäßig echt daneben, sonst müsste es doch auch eine vermündlichte Form geben. Oder nicht? Warum sagt dieser Büro-Mensch nicht einfach „schriftlich? Das weiß sogar ich, und ich bin

erst 12. Ob ich damit mal unseren schnieken Herrn Deutschlehrer Reimfoppe?

So, nun will ich erst einmal aufhören, damit ihr keine müden Augen kriegt.

Ach so, beinahe hätte ich noch etwas ganz Lustiges vergessen.

In der Torkrunde sagte einer der Gäste, dass die Komuhnen an einer Rückbildung der Kinderschar und des Geldes zu leiden hätten, dass man deshalb auch die eine oder die andere Grundschule schließen könnte, wenn die nächste Grundschule von den Grundschulkindern fußläufig in 15 Minuten erreichbar ist.

Während Omas Miene immer finsterer wurde, musste ich lachen. Bisher wusste ich nur, dass unsere Hündin Bella ab und zu läufig ist und zu ihrem Hundeliebhaber zum Schmusen und anderen Dingen, die jedes aufgeklärte Mädchen kennt, will.

Aber dass neuerdings auch Füße läufig werden können, wusste ich bisher nicht.

Jedes Kind würde doch sagen, das heißt „zu Fuß“. Meint ihr nicht auch?

Wenn ihr nichts dagegen habt, werde ich jetzt öfter einmal schreiben, wenn ich bestimmte Ausdrücke oder Dinge nicht verstehe oder einfach doof finde.

Meist steht als Abschiedsgruß unter Schreiben z.B. vom Finanzamt, der Krankenkasse oder meiner Klassenlehrerin „mit freundlichen Grüßen“ oder gar „hochachtungsvoll“,

aber ich bin eine Schülerin und erst 12.

Deshalb unterschreibe ich so:

Tschüss

Lene

Seniorencafé

27. Januar 2016 14:30 – 16:30 Uhr

Ort: Linker Laden; Leitergasse 4,
06108 Halle (Saale)

Rainer von Sivers spricht über das jüdische Leben in Halle.

Linkes Blatt

Impressum:

DIELINKE Halle, Stadtvorstand
DIELINKE Saalekreis
Leitergasse 4
06108 Halle (Saale)

Telefon 0345 / 20255 90

eMail:

linkesblatt@dielinke-halle.de

Marianne Böttcher (v.i.S.d.P)

Herstellung: Eigendruck

Erscheinungsweise: monatlich

Auflage: 600 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:

08.01.2016

Redaktionsschluss der nächsten

Ausgabe: 04.02.2016

Vortrag mit Diskussion

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG Sachsen-Anhalt e.V.

28. Januar 2016

Beginn 18:00 Uhr

Deutschland auf dem Weg zum politischen Riesen?

Deutschland – ökonomisch ein Riese, aber politisch ein Zwerg? Dieser Satz gilt offenbar nicht mehr. Aber welche Rolle spielt Deutschland? Sind die Zeiten des „Juniorpartners der USA“ vorbei? Trifft der Satz des Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU Volker Kauder zu: „Jetzt wird in Europa Deutsch gesprochen“? Leben wir also in einem „deutschen Europa“, geführt von einem „europäischen Deutschland“? Ist es die „Macht in der Mitte“ und ist „Deutschland wieder Großmacht“? Ist Angela Merkel gar die „mächtigste Frau der Welt“? Betreibt Deutschland eine imperiale Außenpolitik und spielt es jetzt in der Liga der „Global Player“? Welche Rolle spielt dabei die Migrations- und Asylpolitik? Kein Zweifel: eine gründliche Diskussion dieser Fragen ist überfällig. Auf der Veranstaltung werden unterschiedliche Positionen vorgestellt und die damit verbundenen Interessen skizziert. Und es wird eine einfache Methode vorgestellt, wie man sich in der neuen wilden Welt der Machtpolitik zurechtfinden kann.

**Mit Prof. Dr. Rainer Rilling
(Soziologe, RLS Berlin)**

**Kulturtreff Halle-Neustadt,
Am Stadion 5, 06122 Halle**

V.i.s.d.P. Viola Schubert-Lehnhardt

KONTAKT

RLS REGIONALBÜRO Halle
Leitergasse 4, 06108 Halle
TEL: 0345-2025594
email: gs-halle@rosaluxsa.de

Rezension

Carsten Frerk Kirchenrepublik Deutschland. Christlicher Lobbyismus. Alibri Verlag Aschaffenburg 2015 ISBN 978-3-86569-190-3, 303 Seiten

Lobbycontrol hat im Dezember 2015 eine Bilanz von zwei Jahren Großer Koalition im Deutschen Bundestag präsentiert hinsichtlich des Einflusses, den bestimmte Interessengruppen auf politische Entscheidungen nehmen und genommen haben. Die Bilanz ist durchaus kritisch – gefordert werden u.a. ein verpflichtendes Lobbyregister und Transparenz bei der Parteienfinanzierung, sowie größere Abstände bei Arbeitsplatzwechseln aus der Politik in die Wirtschaft. Eine Spezifik dieses Lobbyismus – den der beiden großen Kirchen Deutschlands – beschreibt Carsten Frerk in seinem Buch. Dieses legt erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik umfassend und mit konkreten Namen und Ämtern dar, wie die Kirchen systematisch Einfluss auf die Politik nehmen. Es wird aufgeführt, welche Gremien dazu speziell eingerichtet wurden – etwa katholischen und evangelischen Büros. Diese sind nach einzelnen Bundesländern aufgelistet, so dass sich leicht verfolgen lässt, wer wo wie Einfluss nimmt, über welche Kanäle die Kirchen ihre Informationen erhalten: welche Strukturen begünstigen, dass politische Entscheidungen in ihrem Sinne ausfallen; welche Geldflüsse existieren ect. Es wird deutlich, dass die Kirchen – wo es um ihre ureigenen Belange als Organisationen geht – die erfolgreichsten Lobbyisten der Republik sind. Dies muss insofern besonders kritisch betrachtet werden, da Kirchen schon deshalb keine Lobbyisten wie andere auch sind, so Frerk, „da sie ihre Lobbyisten bereits als Kinder in ihre Glaubenswelt, ihre Rituale und Gemeinschaften einüben, kleine Menschen, die dann später Politiker, Juristen, u.a.m. werden“ (S. 23). Gerade dieser Aspekt der Emotionalisierung mache die Menschen abhängig und gefügig und schaffe Einfallstore für kirchlichen Einfluss. Sehr deutlich einer der Protagonisten selbst dazu zitiert – der Leiter des katholischen Büros in Berlin, Prälat Dr. Karl Jüsten, beschrieb diese spezifische Situation sehr treffend mit den Worten, „Ich habe vor anderen einen entscheidenden Vorteil. Wenn ich meinen römischen Kragen umlege, bin ich sofort als katholischer Priester zu erkennen“. Dann, so Frerk weiter geht ...ein katholisch religiös sozialisierter Mensch (Politiker, Ministerialbeamter...) innerlich gleich in die Position der Demut (S. 24). Das Buch schafft Problembewusstsein für Ämterverquickung und „Seitenwechsler“, fordert Befangenheitsregeln für Parlamentsabgeordnete.



DER DIREKTE DRAHT

Öffentliche Telefonsprechzeiten
der Parteivorsitzenden

Katja Kipping

15. Februar 2016, 14–15 Uhr

11. April 2016, 14–15 Uhr

Bernd Riexinger

11. Januar 2016, 14–15 Uhr

7. März 2016, 14–15 Uhr

9. Mai 2016, 14–15 Uhr

Es wird um **Voranmeldung** gebeten
unter: 030/24009-530.

www.die-linke.de

DIE LINKE.

„Die gemütlichen Jahre sind vorbei!“

Mitglieder des Forum Demokratischer Sozialismus (fds) und weitere Genoss*innen der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag haben sich zum Jahreswechsel in einem bemerkenswerten Papier für eine (internationale) Linkswende gegen rechts ausgesprochen. Die Tageszeitung neues deutschland hat dieses Manifest dokumentiert und wir möchten es als Leseempfehlung unbedingt weitergeben.

<http://www.neues-deutschland.de/artikel/996632.fuer-eine-linkswende-gegen-den-rechtstrend.html>

Eine Zeit geht zu Ende

Seit den 70er Jahren mehren sich die Zerfallsprozesse des sozialstaatlich und demokratisch verfassten Kapitalismus. Er war sowieso das Ausnahmmodell des 20. Jahrhunderts, die Kapitalismen und die Sozialismen ohne Demokratie dominierten die jüngere Geschichte. Der aufkommende Neoliberalismus enthielt das Versprechen auf Wachstum und wirtschaftlichen Aufstieg nicht mehr für alle, sondern für die Flexiblen – und führte zu einem permanenten Krisenkapitalismus mit wirtschaftlicher und sozialer Unsicherheit für viele. Zudem erweist sich das Übergreifen der Krise auf die europäischen Institutionen als Gelegenheit zu deren autoritärer Umformung.

Auch die Landschaft der internationalen Politik kann nach 2001 als Zerfall einer alten Ordnung der Systemkonfrontation, des «Kalten Krieges» und als Entwicklung einer multipolaren, komplexen Konfliktkonstellation beschrieben werden. Es mehrten sich militärische Interventionen US-geführter Koalitionen, während Institutionen der völkerrechtlichen Ordnung internationaler Beziehungen, beginnend mit den Kriegen in Jugoslawien und Afghanistan, erheblich geschwächt oder umgeformt wurden. Zugleich entzündeten sich insbesondere im Nahen Osten und in Nordafrika alte und neue Konfliktherde, was nicht allein mit dem Agieren der ehemaligen Groß- und Schutzmächte erklärt werden kann.

Zur Zeitdiagnose gehört die Nennung der ungeheuren Ungleichgewichte innerhalb der EU und im globalen Maßstab. Es gibt diesen höchst ungerechten Weltmarkt, von dem gerade Deutschland in extremer Weise profitiert, der unsern Nachbarn ökonomisch

die Luft abschnürt und der vielen Entwicklungsländern die Chance auf Sicherung materieller Grundbedürfnisse für ihre Bevölkerungen raubt. Und während wir noch über den CO₂-Ausstoß in den Industrieländern streiten, bedroht der Klimawandel die Nutzbarkeit von Ackerfläche, die Erreichbarkeit von Wasser in vielen Ländern des Südens schon jetzt. Auch das erhöht die Gefahr von Bürgerkriegen und Staatszerfall.

Das sind die vier apokalyptischen Reiter unserer Zeit: Demokratieverfall, Umwelterstörung, Kriege und unfairen Welthandel. In Gestalt der Fluchtbewegungen werden wir nun mit ihrem Zerstörungswerk konfrontiert.

Den Rechtspopulismus an der Wurzel packen

Der Rechtspopulismus kommt aus den digitalen Netzwerken und Think Tanks auf die politische Bühne. Innerhalb der Staaten der Europäischen Union beobachten wir den Aufstieg rechtspopulistischer Parteien seit den 90er Jahren. Ein Neonazi-Image vermeiden die rechten Populisten zumeist, um anschlussfähig an die gesellschaftlichen Debatten zu werden. Sie scheuen keine Mühe, wenn es darum geht, einfache und plausible Antworten auf drängende Fragen der «kleinen Leute» zu geben. Im Kern bieten sie klassisch rechte Lösungen der Abschottung, der Enthumanisierung und der Entsolidarisierung als Antwort auf die sozialen Fragen. In Frankreich ist der Front National der Marine Le Pen ein passendes Beispiel, in Ungarn ist es Viktor Orbáns «Fidesz» und in Polen Kaczyński und seine Partei «Recht und Gerechtigkeit (PiS)». Wir müssen die Logik dieser Entwicklungen klar erkennen: Ängste der Massen werden zu Teilen rechtspopulistischer Inszenierungen und nach der Machtergreifung durch Wahlen beginnt der autoritäre Umbau von Staat und Gesellschaft.

Rechtspopulisten wenden sich vor allem an jene, die ethnische und kulturelle Homogenität bewahren wollen und Prozesse der Internationalisierung, der Modernisierung und der zunehmenden Urbanisierung ablehnen. Sie deuten soziale Problemstellungen in die Konfliktlinien eines Kulturkampfes um. Ihre eigentliche Stärke resultiert aber aus einem Versagen wirtschaftlichen und politischen Eliten. Diese glauben, und das trifft besonders auf Deutschland zu, in einem

»Weiter so!« verharren zu können. Die krisenhaften Entwicklungen führen bei den Herrschaftseliten gerade nicht zu Lernprozessen. Wie orientierungslos sie sind, zeigt besonders deutlich, und das ist nicht hämisch gemeint, die Spitze der deutschen Sozialdemokratie. Sigmar Gabriel kann alles: Er kann die schöne Welt eines sozialen und demokratischen Europas ausmalen, in dem es keine Suppenküchen für Arme gibt, und im gleichen Atemzug Wolfgang Schäuble bei der Erpressung der Syriza-Regierung unterstützen und dabei ein Vokabular benutzen, das vor der Anrufung des »deutschen Arbeiters« und vor Antikommunismus nicht zurückscheut.

Die Union, aber auch die SPD, schwanken zwischen restriktiven bis autoritären Problemlösungen, der Schließung von Strukturen, Grenzen und Chancen, der Überwachung und des Sicherheitsfanatismus auf der einen, und der kulturellen Öffnung auf der anderen Seite. Nicht zuletzt ist es die Arbeitgeberseite, das Kapital mag keine Grenzen, die eine solche Öffnung fordert. Eines aber ist klar: Rechte stoppt man nicht, indem man deren Positionen übernimmt. Das ist die bittere Erkenntnis aus den Wahlen in Dänemark oder Frankreich.

Vielfach sind es nicht die wirklich sozial Benachteiligten, die dem Rechtspopulismus zuneigen, sondern Angehörige der von Veränderungs- und Abstiegsängsten geprägten Mittelschichten. Der Rassismus ist dort am größten, wo die hart erarbeitete kleine eigene Welt, wo Haus, Auto und Urlaub durch die Konfrontation mit Armut und Elend der geflüchteten Menschen als bedroht empfunden wird. Wo es am wenigsten Migrantinnen und Migranten gibt, dort werden sie am meisten gehasst, die Fremden – und die »Harzer«, die Langzeitarbeitslosen!

Mutig den Weg der sozialen Modernisierung gehen

Die Linke, klein wie groß geschrieben, wird den Weg der autoritären Problemlösung niemals beschreiten. Sie muss derartige Vorhaben bekämpfen, weil sie inhuman und nicht zukunftsfähig sind und weil sie die Veränderung hin zu einer solidarischen Gesellschaft blockieren. Das haben wir in der Griechenlandfrage deutlich gemacht. Das ist unsere Grundüberzeugung. Die politische Lage verändert sich, wir sollten uns

auch ändern. Die Jahrzehnte gemütlicher Opposition, sie könnten vorbei sein. Stellt sich die Machtfrage von rechts und haben wir es mit einem Elitenversagen epochalen Ausmaßes zu tun, dann muss sich die Linke entscheiden. Sie wird sich einem – nun: radikalen – Anspruch an uns stellen müssen. Wenn der kleine Einfluss der linken Opposition nicht mehr ausreicht, die beschriebenen Nöte zu wenden, dann müssen wir die Macht wollen – und gesellschaftliche Überzeugungskraft. Es reicht wohl heute nicht mehr, irgendeine Mitte-Links-Option in Zeitungen und Zirkeln zu diskutieren – was jetzt schon viele Jahre passiert, ohne dass man weitergekommen wäre. Wir müssen den Anspruch formulieren, eine linke, eine solidarische Entwicklung einleiten zu wollen, immerhin im ökonomisch stärksten Land der EU. Es gilt kein parteipolitisches, wohl aber ein gesellschaftspolitisches Projekt zu formulieren. Hören wir endlich auf, uns einzureden dass es toll ist, die anderen vor uns herzutreiben, die sich ohnehin nicht treiben lassen. Es geht darum, Akteure für das mobilisierende Projekt der sozialen Modernisierung zu gewinnen. Dazu gehören natürlich Gewerkschaften, Sozialverbände, die große Community der Flüchtlingshelfer_innen, antirassistische Initiativen und natürlich Mitglieder anderer Parteien, vor allem von SPD, Grünen und Piraten. Dazu gehören aber auch die Protagonist_innen solidarischer fortschrittlicher Projekte, die einen ganz praktischen Nichtkapitalismus probieren - etwa im Bereich IT- und netzbasierter Ökonomie und Kommunikation. DIE LINKE sollte den Anspruch einer Linkswende im Land offensiv formulieren. Das ist, angesichts einer drohenden Rechtsentwicklung, die vernünftigste Entscheidung.

Auch das, werden manche einwenden, hat man von den Linken schon gehört. Richtig! Neu wäre es, wenn die Machtfrage damit anders als bisher gestellt werden würde. Sagen wir es einmal so: Wer angesichts der Erfahrungen von Syriza, der portugiesischen Linken, von Podemos in Spanien oder r2g in Thüringen oder Brandenburg heute meint, dass es allemal besser sei, in Opposition zu verharren und auf gesellschaftliche Mehrheiten für was anderes zu warten, der ist heute nicht radikal links.

In der Krise, im Umbruch der Welt der letzten 25 Jahre, muss DIE LINKE öffentlich aussprechen: Weil

wir wollen, dass wir ein Stück dieses guten Lebens bewahren, weiter leben können, frei, in einem gerechter verteilten Wohlstand, in Frieden und Sicherheit, darum sind wir bereit, dieses Land von Grund auf umzukrempeln. Darum werden wir, wenn sich die Gelegenheit ergibt, das Land regieren.

Die Soziale Frage neu und zeitgemäß stellen

Wir müssen die Integrationsaufgabe, vor die uns die Migration in unser Land stellt, als Soziale Frage beantworten. Die Schwächsten gegen die Schwachen auszuspielen, Spaltungen zu erzeugen und Solidarität zu verhindern – das ist die permanente Versuchung der realen Politik der Herrschaftseliten. Dem kann man nur durch eine fortschrittliche, linke Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik begegnen. Eng damit verbunden, weil es anders nicht geht, ist eine Umverteilung von oben nach unten. Diese Gesellschaft muss, soll die Integration und ein Aufschwung für Viele gelingen, das Teilen neu lernen. Das Teilen mit denen, die bei uns Schutz suchen und ein neues Leben beginnen wollen und mit denen, die bereits vor der Flüchtlingsbewegung des Jahres 2015 abgehängt waren und es jetzt immer noch sind. Teilen war eine Stärke gerade unseres Landes, wenigstens im Westen, in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts. Heute ist es seine größte Schwäche mit seiner im internationalen Vergleich besonders ungleichen Vermögensverteilung, mit seiner Betonung »privat vor öffentlich« und wachsender sozialer Ausgrenzung.

Massive Investitionsprogramme über Jahre werden den lange angehäuften Investitionsstau auflösen müssen. Infrastruktur und öffentliche Daseinsvorsorge sind in beispiellos schlechtem Zustand. Bildung und Mobilität, Wohnen und Gesundheit für alle und auf bestmöglichem Niveau – das ist Teil unserer neuen sozialen Agenda.

Aber der Sozialstaat, die Daseinsvorsorge müssen nicht nur einfach ausgebaut, sie müssen auch modernisiert werden. Durch die Flüchtlinge wird sich das Land verändern, diese Veränderung gerade auch im Lokalen machen vielen Angst. Die Veränderung erträglich, sozial, demokratisch, sogar als Zugewinn zu gestalten, könnte die Aufgabe der Linken sein. Die Linke könnte damit das soziale Gewissen dieser Veränderung werden. Wenn wir in einigen Jahren zurück-

blicken sollen viele sagen: es ist ein besseres, ein lebenswerteres Deutschland geworden.

Wir streben eine Gesellschaft an, in der für alle Gesellschaftsmitglieder eine optimale, bedürfnisgemäße Teilhabe realisiert werden kann. Einige Mindestbedingungen kann man hier nennen: Eine aktive Arbeitsmarktpolitik muss auch ermöglichen, dass ein Leben auf einem menschenwürdigen materiellen Niveau möglich wird. Die Innenpolitik muss von rassistischen und kulturalistischen Mustern befreit werden. Individuelle Rechte haben immer auch eine soziale Komponente. Bei Wahlen und Volksabstimmungen gilt: je geringer der Grad der sozialen Teilhabe, desto niedriger die Beteiligung.

Menschenrechte dürfen nicht nur für die weiße Mittelschicht gelten. Andernfalls, wenn die Bundesrepublik hier versagt, erzeugen wir soziale Gruppen der Ausgeschlossenen und damit die deklassierten Parallelgesellschaften, vor denen die Konservativen warnen. Im Übrigen hat die viel gescholtene rot-rote Regierung in Berlin (2001–2011) gezeigt, was möglich ist, wenn es politisch gewollt wird. Die einst verrufene Rütli-Schule ist heute, als Gemeinschaftsschule, eine Art Vorzeigeschule. Hier war für die Kinder mit Migrationshintergrund, der dort vorherrscht, plötzlich eine echte, auch von der Schule angestrebte, Abiturperspektive vorhanden. Wir müssen die für die migrantische Ökonomie so wichtige Kultur der Unternehmensgründungen und von Selbständigen unterstützen.

Linke Politik für eine unsichere Zukunft rüsten

Nichts spricht dafür, dass die Herausforderungen in den kommenden Jahren kleiner werden. Selbst wenn eine bessere Verteilung der Geflüchteten innerhalb Europas gelänge, blieben die Zahlen der bei uns Schutz Suchenden voraussichtlich in den kommenden Jahren hoch. Stellen wir also unsere Politik darauf ein, dass sie auf dynamische Entwicklungen reagieren kann anstatt dem Reflex einer politisch nicht untersetzten und damit populistischen »Obergrenzen«-Debatte nachzugeben. Es gibt innerhalb der Genfer Flüchtlingskonvention und des grundgesetzlichen Rechts auf Asyl keine Obergrenzen. Anstatt unsere politische Energie zu verschwenden, kümmern wir uns besser um Wege und Mittel, die Flucht sicherer und die Erstaufnahme menschenwürdiger machen. Kümmern

wir uns um die politische Umsetzung unserer Positionierung aus dem Erfurter Programm: »Offene Grenzen für Menschen in Not! (...) Menschen, die vor Menschenrechtsverletzungen, Kriegen und politischer Verfolgung geflohen sind, dürfen nicht abgewiesen oder abgeschoben werden.« Derzeit werden Grenzen innerhalb Europas geschlossen – und die offenen Grenzen in Europa waren wirklich eine Errungenschaft, die EU-Außengrenzen waren die ganze Zeit geschlossen. Dass es Menschen bis hierher schaffen, ist dem faktischen Zusammenbruch des europäischen Abschottungsregimes zu verdanken, nicht einer politischen Gestaltung mehr oder weniger offener Grenzen. Diskutieren wir über sichere Fluchtwege und über Einwanderungsmöglichkeiten jenseits des Asyl- und Flüchtlingsrechts. Nur so lassen sich Abschiebungen und Abweisungen eindämmen.

Immer, wenn in der Bundesrepublik eine Stimmung entsteht, wonach es zu viele »Ausländer« gebe, werden die Fluchtursachen thematisiert. Die Fluchtursachen, die über die unmittelbare Situation in den Flüchtlingslagern des Nahen Ostens hinaus zu analysieren sind, gestalten sich komplex. »Fluchtursachen« im technischen, kausalen Sinne gibt es nicht, sondern es gibt millionenfache Abwägungsentscheidungen von Menschen, sich auf den Weg zu machen, weil sie am Ort keine Aussicht auf ein besseres Leben haben. Sie bleiben, wenn es für eine Rückkehr an Geld fehlt oder die Risiken (»Kosten«) zu hoch sind oder wenn Hoffnung auf Besserung vor Ort besteht.

Krieg, auch wenn er derzeit der wichtigste Grund ist, führt nicht allein nicht zu jener Art Flucht, mit der es Deutschland zurzeit zu tun hat. Flucht, insbesondere über so große Wegstrecken mit so großen Risiken, hängt zudem mit der Annahme zusammen, dass es auf absehbare Zeit in der Heimat nicht besser wird. Wer den Kampf gegen die Fluchtursachen als kurz- und mittelfristige Maßnahme gegen die Fluchtbewegung nach Europa anpreist, macht den Menschen etwas vor. Seit langem und zu Recht setzt sich DIE LINKE gegen Krieg ein. Verstärken können wir den Kampf für eine gerechtere globale Verteilung und für eine Klimapolitik, die nicht die ärmsten Regionen zum Opfer unserer Wohlstandsmehrung macht.

Eine Änderung in der internationalen Politik lässt sich ohne Europa ebenso wenig bewältigen wie augen-

blicklich die Bewältigung der Herausforderungen durch die Fluchtbewegung. Europa wird von rechts angegriffen, von rechten Regierungen in Ungarn, Polen, Dänemark und der Slowakei etwa, von Rechtspopulisten, die möglicherweise die nächste französische Präsidentin stellen. Die marktliberale Ausrichtung der EU-Politik hat viele Menschen zur einer kritischen Sicht auf die Europäische Union gebracht. DIE LINKE kann und wird nicht auf die nationale

Karte setzen. Wenn wir einen solidarischen Ansatz verfolgen, dann muss gelten: Wir denken global und handeln internationalistisch. Und internationalistisch wäre es, die nächste Chance auf die Macht in Deutschland zu ergreifen.

Es ändern sich die Zeiten?

Ändern wir sie doch mit!

Die AutorInnen sind Bundestagsabgeordnete und Mitarbeiter der Linksfraktion.

Helmut Scholz, Europaabgeordneter der Linksfraktion GUE/NGL und Mitglied des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten (AFET), reiste am 9. Dezember in die Republik Moldawien, um den inhaftierten Führer der oppositionellen Partei „Roter Block“ Grigorij Petrenko zu sprechen. Vor dem Hintergrund alarmierender Meldungen über die zunehmende Aushöhlung der Rechtssicherheit, verschaffte sich der Europaabgeordnete außerdem einen Eindruck über die reale Umsetzung der mit dem Assoziationsabkommen eingegangenen Verpflichtungen zur Reform des Rechtssystems.

„Die willkürliche und ohne Gerichtsverfahren vorgenommene Inhaftierung Grigorij Petrenkos -die nach dem Gerichtstermin vom 9. Dezember für weitere 90 Tage verlängert wurde- widerspricht jeglicher europäischer Rechtsnorm, gerade auch angesichts der absurden und unhaltbaren Anschuldigungen gegen Grigorij Petrenko, Massenunruhen gegen die Staatsgewalt sowie die Besetzung der Generalstaatsanwaltschaft geplant zu haben.“

Die friedlichen, sozialen Proteste am 6. September 2015, richteten sich in erster Linie gegen steigende Strom- und Gaspreise, sowie gegen den weiteren Abbau der sozialen Sicherheiten. Sie forderten eine Politik, die auf die Sicherung zumindest der Grundbedürfnisse der Menschen ausgerichtet ist und dem anhaltenden Auswandern junger Menschen aus dem Land durch die Eröffnung von Zukunftschancen zumindest ein Haltezeichen entgegensetzt.

Das Europäische Parlament und selbst die EU-Kommission sehen mit Sorge die galoppierende Korruption innerhalb der regierenden politischen Eliten und zugleich das Bestreben der miteinander immer mehr verschränkten politischen und wirtschaftlichen Eliten, die Gewaltenteilung in der Republik weiter auszuhebeln und sich auch das Rechtssystem im Interesse des Absicherns persönlicher Macht zu unterwerfen. Diese wachsende politische Machtanmaßung der wirtschaftlich mächtigen Oligarchen untergräbt jegliche langfristige demokratische, politische wie gesellschaftliche Erneuerung. „Petrenkos Gefangennahme und die seiner oppositionellen Mitstreiter sind somit allem Anschein nach weniger eine strafrechtliche Maßnah-

me als vielmehr ein klassisches Mittel, Andersdenkende mundtot zumachen.“

Scholz weiter: „Der ständige Aufschub der Verhandlungen gegen die Angeklagten, die permanenten Einschüchterungsversuche weiter Teile der Opposition und offensichtlich auch die so unzumutbar wie möglich gestalteten Haftbedingungen, sollen signalisieren: Jedem wird es so ergehen, der sich nicht den heutigen Herrschaftsregeln unterwirft. Das ist nicht hinnehmbar und weder vom Europäischen-, noch von den Parlamenten der Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu tolerieren. Wir fordern die sofortige Freilassung Petrenkos, seiner sieben oppositionellen Mitstreiter, die sofortige und umfassende Beendigung der Justizwillkür und der Ausweitung eines Instituts ‘politischer Gefangener’. Auf der Tagesordnung steht die Wiederherstellung und ein starkes Engagement für eine unabhängige Justiz in Moldova.“

Die Eröffnung einer Perspektive für die moldauische Gesellschaft hängt von der Möglichkeit demokratischer Beteiligung und dem gesellschaftlichen Engagement der Bürger und Bürgerinnen ab, das Ersticken aktiver Beteiligung wird den politischen wie wirtschaftlichen Niedergang des Landes nur beschleunigen, den gewaltigen Herausforderungen der Modernisierung und Lösung immenser Probleme bis hin zum Transnistrien-Konflikt nicht gerecht. Die Einforderung einer strikten Gewaltenteilung und die Gewährleistung einer unabhängigen Justiz wären angemessene Anknüpfungspunkte für die Europäische Union und ein erster Schritt des Neuanfangs“, so Helmut Scholz abschließend.